

N i e d e r s c h r i f t

der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 10.07.2012

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesend sind:

Herr Jürgen Busse	CDU	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Raik Müller	CDU	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	17:00 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Frau Gertrud Ewert	SPD	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Denis Häder	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 19:30 Uhr
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	18:30 Uhr bis 19:30 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertreter: Herr Busse
Frau Katharina Hintz	SPD	Vertreter: Frau Ewert
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	Vertreter: Herr Häder

**zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung
und der Beschlussfähigkeit**

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Unterlagen wurden als Tischvorlagen zu Beginn der Sitzung ausgereicht:

TOP 3 Austauschblatt der Niederschrift
es wurde irrtümlich ein überholter Beschlussvorschlag wiedergegeben

- TOP 5.2 Beantwortung von Fragen aus dem Kulturausschuss
- TOP 5.3 Änderungen zum Haushaltsplan 2012 + Haushaltskonsolidierungskonzept
- TOP 9 Schlussberichterstattung zum Konjunkturpaket II
- TOP 9 Kurzinformation zur Antragsentwicklung im Rahmen von Bildung und Teilhabe und zu den finanziellen Auswirkungen zum Stand 30.06.2012

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

In der Stadtratssitzung am 27. Juni 2012 wurde vereinbart, dass die vertagten Anträge in die Fachausschusssitzungen ergänzend auf die Tagesordnungen genommen werden.

Für den Finanzausschuss betrifft das den

- Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha, V/2012/10774
 - Änderungsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zur Sicherung der Einsatzfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr Halle-Trotha (V/2012/10774), V/2012/010869

Herr Misch informierte, dass der Antrag im Ordnungs- und Umweltausschuss nicht die erforderliche 2/3 Mehrheit erreicht habe, um zusätzlich in die Tagesordnung aufgenommen zu werden.

Abstimmung zur Ergänzung der Tagesordnung:

mehrheitlich abgelehnt

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Folgende Tagesordnung wurde festgestellt:

3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 19.6.2012
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2011
Vorlage: V/2012/10819
- 5.2. Verlängerungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft
Vorlage: V/2012/10676
- 5.3. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: V/2012/10836

- 5.4. Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung
Vorlage: V/2012/10763
- 5.5. Knoten Halle, Ersatzneubau Eisenbahnüberführung (EÜ) über B 6, DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Guntershausen, Bahn-km 0,995, mit Umverlegung B 6/Leipziger Chaussee von Knoten Thüringer Straße bis EÜ DB- Strecke 6350 Halle (Saale) Gbf – Halle (Saale) Hbf Ac
Vorlage: V/2011/10313
- 5.6. Beseitigung des vorhandenen Bahnübergangs (BÜ) Birkhahnweg und Ersatz durch eine Eisenbahnunterführung für Fußgänger/Radfahrer sowie Bau einer Straßenüberführung(SÜ) über die B 100 ; DB Strecke 6132 Berlin Anhalter Bf - Halle (Saale) Hbf, Bahn-km 158,5
Vorlage: V/2011/10315
- 5.7. Baubeschluss zur Ertüchtigung der historischen Stützmauer zum Moritzburgring unterhalb des Hauptgebäudes der Leopoldina
Vorlage: V/2012/10738
- 5.8. Änderung des Baubeschlusses Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Süd) - Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG -
Vorlage: V/2012/10584
- 5.9. Sanierung Sozialgebäude Südfriedhof
Vorlage: V/2012/10761
6. Informationsvorlagen
- 6.1. Information zum Eisenbahnknotenausbau Halle und dem Blinklichtprogramm für Bahnübergänge (BÜ) sowie den daraus resultierenden kreuzungsbedingten Maßnahmen und den zu erwartenden Kostenanteilen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10317
7. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 7.1. Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern
Vorlage: V/2012/10456
8. schriftliche Anfragen von Stadträten
9. Mitteilungen
10. mündliche Anfragen
11. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung am 19.6.2012

Zu Beginn der Sitzung wurde ein Austauschblatt der Seite 14 der Niederschrift ausgegeben, da irrtümlich ein überholter Beschlussvorschlag wiedergegeben wurde.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung des Ausschusses am 19.06.2012 wird genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

In der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften am 19.06.2012 wurden folgende abschließende, nicht öffentliche Beschlüsse gefasst:

zu 3.2 Steuerangelegenheiten
Vorlage: V/2012/10702

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt auf der Grundlage des § 261 der Abgabenordnung und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2 den Teilerlass von Vergnügungssteuer sowie Nebenforderungen in Höhe von 75.483,57 €.

zu 3.3 Unbefristete/ befristete Niederschlagungen
Vorlage: V/2012/10723

Beschluss:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften beschließt auf der Grundlage des § 44 Abs. 4 Nr. 16 GO LSA und der Hauptsatzung § 6 Abs. 3 Nr. 2.

1. die befristete Niederschlagung der Vergnügungssteuer 2007-2010 in Höhe von 149.900,00 Euro.
2. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2007 in Höhe von 124.717,50 Euro.

3. die unbefristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 1993-1994 und 1997-1999 in Höhe von 93.350,98 Euro.
4. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 1999-2002 in Höhe von 60.892,23 Euro.
5. die befristete Niederschlagung der Gewerbesteuer 2000 und 2004-2005 in Höhe von 120.355,51 Euro.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2011 Vorlage: V/2012/10819

Es wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates der Saalesparkasse für das Jahr 2011.

zu 5.2 Verlängerungsbeschluss zur Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums in freie Trägerschaft Vorlage: V/2012/10676

An der kurzen Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Häder, Herr Dr. Wöllenweber und Herr Neumann.

Es wurde ausgeführt, dass auch ein unbefristeter Vertrag bei bestimmten Zuständen kündbar sei. Die Thematik wurde im Kulturausschuss ausgiebig diskutiert.

Herr Neumann erläuterte, dass sich die Vertragsparteien darüber geeinigt haben, dass der Vertrag 3 Jahre länger laufe. Mitte des Jahres 2015 werden sich die Stadt und der Verein an einen Tisch setzen und die Konditionen für die Folgezeit aushandeln.

Abstimmungsergebnis:

8 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt, die Oberbürgermeisterin zur Vornahme aller erforderlichen Handlungen zu ermächtigen, um die Übertragung des Technischen Halloren- und Salinemuseums an den Verein Hallesches Salinemuseum e.V. zu verlängern.

Finanzielle Auswirkung:

Zuschuss Verein
Haushaltsstelle: 25103

2013	545.000 €
2014	540.000 €
2015	520.000 €

**zu 5.3 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2012
Vorlage: V/2012/10836**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Wöllenweber, Herr Häder, Herr Müller und Herr Geier.

Herr Geier gab besonders zum Ergebnisplan ausführliche Erläuterungen. Ein zentraler Punkt der Kritik sei der Haushaltsausgleich gewesen. In diesem Punkt wurde der mittelfristige Ausgleich erreicht. Der Umgang mit den kameralen Altfehlbeträgen müsse mit dem Landesverwaltungsamt nochmals neu diskutiert werden. Die Problematik fließe in die Vorüberlegungen zu STARK IV ein. Auch in Sachsen werde ein gesonderter Umgang mit diesen Fehlbeträgen diskutiert. Wichtig sei, dass der doppische Fehlbetrag aus dem Jahr 2012 bis 2015 ausgeglichen werden könne und das sei gegeben. Einige Veränderungen konnten aufgrund neuer FAG-Bescheide eingearbeitet werden, die nach der Beschlussfassung des Haushalts Ende Mai eingingen.

Herr Geier erläuterte detailliert die Veränderungen des vorgelegten Haushaltes zum Haushaltsbeschluss des Stadtrates vom 25.4.2012. Besonderes Augenmerk legte er auf die Ausführungen zur Grundsteuer B. Diese Erhöhung wurde für das Jahr 2013 eingeplant. Er avisierte eine entsprechende Vorlage noch in diesem Jahr. Im neuen FAG werden Beträge abgezogen, wenn eine Kommune nicht alle Einnahmemöglichkeiten ausschöpft.

Die einzelnen Fachausschüsse wurden nicht in die Beratung einbezogen, da nur die allgemeine Finanzwirtschaft und der Finanzhaushalt von den Veränderungen und nicht andere Fachdezernate betroffen seien.

Auf Nachfrage sagte er einen Vergleich der Entwicklung des FAG vom Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt zu (Postausgang per Mail im Nachgang der Sitzung + siehe externes Dokument im Session unter TOP 9).

Als Beantwortung einer Nachfrage zu den Transferleistungen wurde gemäß der Zusage von Herrn Geier in Auswertung der Sitzung nachfolgende Information versandt:

<i>Dezernat I Finanzen und Personal</i>	<i>12.07.2012</i>
<i>mündliche Anfrage im Finanzausschuss am 10.07.2012 Position Transferleistungen -Entwicklung 2013 zu 2012</i>	
<i>TOP 5.3 – Haushalt</i>	
<i>Antwort der Verwaltung:</i>	

Sowohl im Ergebnisplan als auch im Finanzplan weist der Ansatz 2012 16,5 Mio. € mehr aus als in 2013.

Das resultiert insbesondere daraus, dass im HH-Jahr 2012 die Maßnahme Zukunftsfonds Zoo (Kreditablösung - Schuldendiensthilfe - mit 11,3 Mio. €; energetische Sanierung Zoo mit 0,7 Mio. €) und die einmalige Übertragung der zweckgebundenen - nicht verausgabten Mittel 2011 - für Bildung und Teilhabe in Höhe von 4 Mio. € enthalten sind.

Bei beiden Maßnahmen handelt es sich um nicht wiederkehrende Positionen.

*Egbert Geier
Bürgermeister*

Herr Geier informierte, dass er nicht von einer Beanstandung bzw. Auflagen durch das Landesverwaltungsamt ausgehe, da deutliche Verbesserungen erreicht wurden und auch bezüglich der Vereinbarungen und des Beraters keine Differenzen bestehen.

Zum Haushaltsverlauf informierte er, dass zum 30.06. ein Mittelabfluss der Ausgaben in Höhe von 48 % und des Ertrages in Höhe von 44 % erzielt wurde. Zum 30.09. sei ein deutlicheres Bild über die Jahresendprognose ersichtlich.

Zum Zukunftsfonds erläuterte Herr Geier auf Anfrage, dass diese Mittel u. a. für die Umschuldung von Krediten, z. B. für den ZOO verwendet wurden, um beim Kapitaldienst zu sparen und damit den Zuschuss der Stadt an den ZOO zu senken.

Aus den Reihen der Mitglieder wurde darauf hingewiesen, dass ein falsches Stadtratsdatum in die Präambel aufgenommen wurde. Die Verwaltung bedankte sich für den Hinweis und sagte eine Austauschseite für die Stadtratssitzung zu.

Abstimmungsergebnis:

9 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
1 Enthaltung
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2012, den Haushaltsplan 2012 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.

zu 5.4 Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung Vorlage: V/2012/10763

An der ausführlichen Diskussion beteiligten sich Herr Krause, Herr Misch, Herr Häder, Frau Nagel, Frau Ewert, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Müller und Herr Geier.

Im Ergebnis der Diskussion wurde die Verwaltung gebeten, bis spätestens 16.07.2012, 15:00 Uhr das geänderte Verhandlungsergebnis mit dem Landesverwaltungsamt zu den Punkten:

- Seite 3 – ... Die Stadt Halle (Saale) **und der Stadtrat** räumt dem Berater ... (kommunalrechtliche Anpassung)
- Seite 3 - ... Gegenüber Maßnahmen der Stadt, die den Konsolidierungsbemühungen

entgegenstehen, **hat der Berater unter Vorlage einer Begründung zu intervenieren.** ... (Der Berater möchte eine andere Formulierung.)

- Ergänzung der Vereinbarung bezüglich der
 - zu erreichenden Ziele,
 - der Einsatzzeit und den
 - für die Stadt Halle (Saale) entstehenden Kosten

den Fraktionen zu übersenden.

Abstimmungsergebnis:

beraten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat stimmt dem Abschluss der Vereinbarung zwischen dem Landesverwaltungsamt und der Stadt Halle (Saale) zur Haushaltskonsolidierung zu.

**zu 5.5 Knoten Halle, Ersatzneubau Eisenbahnüberführung (EÜ) über B 6, DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Gunterhausen, Bahn-km 0,995, mit Umverlegung B 6/Leipziger Chaussee von Knoten Thüringer Straße bis EÜ DB-Strecke 6350 Halle (Saale) Gbf – Halle (Saale) Hbf Ac
Vorlage: V/2011/10313**

Herr Heinz (Amtsleiter Tiefbauamt) erläuterte ausführlich die 460 T€ Mehrbedarf.

Abstimmungsergebnis:

5 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

- I. Der Stadtrat stimmt der modifizierten Vorzugsvariante des Ersatzneubaus der Eisenbahnüberführung (EÜ) über die B 6, DB- Strecke 6340 Halle (Saale) Hbf – Gunterhausen, Bahn-km 0,995 zu. Der Stadtratsbeschluss Nr. 99/1-50/1177 vom 24. 02. 1999 wird aufgehoben.
- II. Der Stadtrat stimmt den kreuzungsbedingten Kosten, die auf Grundlage der §§ 3, 12 Nr.2 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) ermittelt wurden, zu.
Die Förderung ist nach Entflechtungsgesetz zu beantragen und die Kosten in den Haushaltsplan 2012 ff. (Baumaßnahme in 2015/2016) einzustellen.
- III. Der Stadtrat beauftragt die Oberbürgermeisterin, eine Kreuzungsvereinbarung nach §§ 3, 12 Abs. 2 Eisenbahnkreuzungsgesetz mit der DB Netz AG abzuschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

a) Finanzhaushalt

VE in 2012: (zum Abschluss der Kreuzungsvereinbarung) **3.845.500 EUR**

Kassenwirksamkeit: 2013 bis 2016

<u>Ausgaben 2012-2017:</u>		3.931.300 EUR	
PSP Element	7.660096.700.100	Planung	405.000 EUR
	7.660096.700.200	Tiefbau	3.425.100 EUR
	7.660096.735.100	Grunderwerb	101.200 EUR

<u>Einnahmen 2014 – 2017:</u>		2.551.300 EUR
	7.660096.705.108 Landeszuweisung Entflecht.G	2.551.300 EUR

Einnahmen 2014-2017

7.660096.705.400 Zuweisung öffentl. Wirtschaftsunternehmen (Vorteilsausgleich DB an Stadt Halle)	1.180.000 EUR
--	---------------

**zu 5.6 Beseitigung des vorhandenen Bahnübergangs (BÜ) Birkhahnweg und Ersatz durch eine Eisenbahnunterführung für Fußgänger/Radfahrer sowie Bau einer Straßenüberführung(SÜ) über die B 100 ; DB Strecke 6132 Berlin Anhalter Bf - Halle (Saale) Hbf, Bahn-km 158,5
Vorlage: V/2011/10315**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Wöllenweber, Herr Häder, Herr Stäglin und Herr Heinz.

Herr Stäglin erläuterte, dass mit den eingesetzten finanziellen Mitteln ein möglichst großer Mehrwert erreicht werden solle. Es werde die Verkehrssituation sicherer gestaltet und ein Netzlückenschluss erreicht. Der Planungsausschuss habe der Verwaltungsvorlage zugestimmt.

Herr Heinz fügte an, dass die Baukosten bei der bevorzugten Variante zwar etwas höher seien, aber dafür bei der späteren Unterhaltung weniger Kosten anfallen, da diese dann in der Verantwortung des Landes liegen.

Abstimmungsergebnis:

6 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
4 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

- I. Der Stadtrat bestätigt die von der Verwaltung vorgeschlagene und mit dem Schienenbaulastträger DB-Netz AG, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie der Eisenbahnbundesamt Zentrale in Bonn abgestimmte Variante zur Beseitigung des BÜ Birkhahnweg und der Neuordnung der Verkehrsanbindungen im Bereich Birkhahnweg durch Neubau einer Fußgänger- und Fahrradunterführung der Eisenbahnanlagen an gleicher Stelle und Straßenanbindung durch Neubau einer Straßenüberführung über die B 100, (Brücke mit Mischverkehrsfläche) zur Wiederherstellung der früheren Verbindung des Birkhahnweges mit der Goldbergstraße.

- II. Der Stadtrat stimmt dem städtischen Anteil der kreuzungsbedingten Kosten, die auf Grundlage der §§ 3, 13 Eisenbahnkreuzungsgesetz (EKrG) zu je einem Drittel von Bund, der DB Netz AG und der Stadt Halle (Saale) zu tragen sind, zu.
Die Förderung ist nach Entflechtungsgesetz zu beantragen und die Kosten in den Haushaltsplan 2012 ff. (Baumaßnahme erst in 2016/2017) einzustellen.
- III. Der Stadtrat ermächtigt die Oberbürgermeisterin, alle notwendigen Vereinbarungen mit der DB Netz AG und dem Landesbetrieb Bau abzuschließen.

Finanzielle Auswirkungen:

a) Finanzhaushalt

VE in 2013: (zum Abschluss der Kreuzungsvereinbarung) **2.990.000 EUR**
Kassenwirksamkeit: 2014 - 2018

<u>Ausgaben 2012-2020:</u>		3.144.000 EUR
PSP-Element 7.660129.700.100	Planung	231.000 EUR
7.660129.700.200	Tiefbau	2.883.000 EUR
7.660129.735.100	Grunderwerb	30.000 EUR

<u>Einnahmen 2012-2017:</u>		2.296.400 EUR
PSP-Element 7.660129.705.108		
Landeszuweisung Entflecht.G		2.296.400 EUR

Eigenmittel der Stadt: **847.600 EUR**

**zu 5.7 Baubeschluss zur Ertüchtigung der historischen Stützmauer zum Moritzburgring unterhalb des Hauptgebäudes der Leopoldina
Vorlage: V/2012/10738**

Die Verwaltung legte gegenüber der ursprünglich mit den Sitzungsunterlagen versandten Fassung ein Änderungsblatt mit u. a. geändertem Beschlussvorschlag mit Postausgang 05.07.2012 vor.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Misch, Herr Häder, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Stäglin und Herr Heinz.

Auf Nachfragen führte Herr Stäglin aus, dass die derzeitigen Baumaßnahmen durch die Leopoldina auf deren Gelände stattfinden. Die Mauer unterhalb (Böschungsmauer) gehört der Stadt. Die Notwendigkeit der Sanierung bestand bereits länger. Durch die Minderausgaben im Fördergebiet Gerbersaale wurden finanzielle Mittel zur Umsetzung Sanierung der Mauer an der Leopoldina frei. Die Planung für derartige Sanierungen erfolgt prioritär. So ist in der Vorlage auch ausgeführt, dass die Abschnittsbildung nach Schädigungsgrad und Risikopotential auf Grund der Bauweise und Bauhöhe sowie in Abhängigkeit der Mittelbereitstellung erfolge. Der vorgelegte Baubeschluss umfasse die statisch konstruktive Sicherung, Sanierung und Wiederherstellung der denkmalgeschützten städtischen Stützwand. Aufgrund des Zustandes des Bereiches des 1. Bauabschnittes (Rückverankerung aus statischen Gründen notwendig) ist es erforderlich, diesen Teil der Stützmauer vordringlich zu ertüchtigen. Die Realisierung des 2. Bauabschnittes ist abhängig

von der Bereitstellung weiterer finanzieller Mitteln. Auch für andere städtische Mauern wird nach einer Finanzierung gesucht.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Vergabeausschuss beschließt die Ertüchtigung der gesamten historischen Stützmauer zum Moritzburgring unterhalb des Hauptgebäudes der Leopoldina.
Der 1. Bauabschnitt Sicherung und Ertüchtigung wird prioritär realisiert. Die Ertüchtigung der Stützwand im 2. Bauabschnitt erfolgt unter dem Vorbehalt der Finanzierung.
2. Der Finanzausschuss beschließt die investive Mehrausgabe für die Ertüchtigung der historischen Stützmauer Leopoldina in Höhe von 240.000 € für die Bauleistung im PSP-Element 7.660130.700.200 und 20.000 € für die Planungsleistungen im PSP –Element 7.660130.700.100 zur Finanzierung des 1. BA für das Haushaltsjahr 2012.
3. Der Finanzausschuss beschließt die außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 260.000 € im Haushaltsjahr 2012 im PSP-Element 7.660130.700.200 und eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 22.000 € im Haushaltsjahr 2012 im PSP-Element 7.660130.700.100 zur Finanzierung der Leistungen für den 2. BA.

Finanzielle Auswirkung:

Finanzhaushalt:

1. Bauabschnitt:

7.660130.700.200	Tiefbau	240.000 €
7.660130.700.100	Planung	20.000 €
Gesamt		260.000 €
7.660130.705.102	Zuweisungen	208.000 €
Eigenmittel		52.000 €

Die Deckung der investiven Mehrausgabe erfolgt über Minderkosten beim Vorhaben Gerbersaale (Stadtbauförderung, Städtebaulicher Denkmalschutz) in Höhe von 240.000 € Bauleistung und 20.000 € Planungsleistungen.

2. Bauabschnitt:

7.660130.700.200	Tiefbau	260.000 €
7.660130.700.100	Planung	22.000 €
Gesamt		282.000 €
7.660130.705.102	Zuweisungen	225.600 €
Eigenmittel		56.400 €

Verpflichtungsermächtigung (VE):

	2012	Änderung	2012 -neu-
Planung			
7.660130.700.100	0	22.000	22.000

	2012	Änderung	2012 -neu-
Tiefbauleistungen			
7.660130.700.200	0	260.000	260.000

Die Deckung der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigungen erfolgt über eine Minderinanspruchnahme der VE beim Vorhaben HES 4. BA.

	2012	Änderung	2012 -neu-
Tiefbauleistungen			
7.660074.700.200:	13.077.100	-282.000	12.795.100

zu 5.8 Änderung des Baubeschlusses Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße (Süd) - Komplexmaßnahme Stadt Halle (Saale)/HAVAG - Vorlage: V/2012/10584

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Knöchel, Herr Stäglin und Herr Heinz.

Herr Stäglin führte aus, dass es zu einer deutlichen Kostensteigerung gekommen sei. Herr Heinz fügte an, dass die kostenmäßige Schätzung analog der letzten Jahre vorgenommen wurde, jetzt aber Nachträge eingereicht wurden. Die Qualität der Arbeit sei sehr gut. Zukünftig solle das Controlling von Baumaßnahmen verstärkt werden. Die Verbesserung der Gesamtfinanzierung aus Straßenausbaubeiträgen sei bereits berücksichtigt.

Der Beschluss wurde unter dem Vorbehalt gefasst, dass bis zur Stadtratssitzung am 18.07.2012 die finanziellen Auswirkungen geklärt werden. Wenn die Maßnahme im Jahr 2012 abgeschlossen werden soll, ist keine Verpflichtungsermächtigung für das Jahr 2013 nötig.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen
 einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Ergänzung des Baubeschlusses für die Komplexmaßnahme Ausbau/Umgestaltung Beesener Straße Süd.
2. Der Stadtrat beschließt die überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 539.900 € im Haushaltsjahr 2012 im PSP-Element 7.660066.740.500.

Finanzielle Auswirkung gemäß Baubeschluss April 2010 in €:

<u>Ausgaben:</u>	Gesamt	bereitgestellt				
		2008/09	2010	2011	2012	2013
Inv.-Zusch. an komm.						
öff.-wirt. Untern.:	1.534.200		500.000	850.000	184.200	
2.6300.985000.043						
Planung:	429.000	130.000	120.000	95.000	84.000	
2.6300.959000.043						
Gesamt:	1.963.200	130.000	620.000	945.000	268.200	

Einnahmen:

	Gesamt	2010	2011	2012	2013
Zuweisungen vom Land					
2.6300.361000.043:	1.095.400	488.000	607.400		
Straßenausbaubeiträge:					
2.6300.350000.043	325.000				325.000
Gesamt:	1.420.400	488.000	607.400		325.000

Eigenmittel 542.800

Aktuelle Haushaltseinstellung 2012 (gem. Anpassung HHPL 2012 Stand 11/2011) in €:

Ausgaben:

	Gesamt	bereitgestellt bis 2011	2012	2013
Inv.-Zusch. an komm. öff.-wirt. Untern.:				
2.6300.985000.043	2.040.400	1.246.500	641.500	152.400
Planung:				
2.6300.959000.043	406.100	381.300	24.800	
Gesamt:	2.446.500	1.627.800	666.300	152.400

Einnahmen:

Zuweisungen vom Land				
2.6300.361000.043:	1.154.840	955.640	120.000	79.200
Zuweisungen vom Land				
2.6300.361000.043	49.800		30.000	19.800
Straßenausbaubeiträge:				
2.6300.350000.043	781.250	393.650		387.600
Gesamt:	1.985.890	1.349.290	150.000	486.600

Eigenmittel: 460.610

Finanzielle Auswirkungen gemäß Änderung Baubeschluss in €:

Ausgaben:

	Gesamt	bereitgestellt bis 2011	2012	2013
Inv.-Zusch. an komm. öff.-wirt. Untern.:				
7.660066.740.500	2.580.300	1.246.500	641.500	692.300
Planung:				
7.660066.700.100	406.100	381.300	24.800	
Gesamt:	2.986.400	1.627.800	666.300	692.300

Einnahmen:

Zuweisungen vom Land				
7.660066.705.108:	1.553.066	955.640	139.026	458.400
Zuweisungen vom Land				
7.660066.705.111	49.800		30.000	19.800
Straßenausbaubeiträge:				
7.660066.715	781.250	393.650		387.600
Gesamt:	2.384.116	1.349.290	169.026	865.800

Eigenmittel: 602.284

Verpflichtungsermächtigung:

	2012	Änderung	2012 -neu-
Inv.-Zusch. an komm. öff.-wirt.	152.400	539.900	692.300
Untern. 7.660066.740.500:			

Deckung erfolgt über Minderinanspruchnahme der VE beim Vorhaben HES 4. BA:

	2012	Änderung	2012 -neu-
Tiefbauleistungen 7.660074.700.200:	13.617.000	-539.900	13.077.100

Hinweis:

Die Erläuterungen wurden in der Stadtratssitzung verteilt und sind im Session unter diesem TOP eingestellt.

**zu 5.9 Sanierung Sozialgebäude Südfriedhof
Vorlage: V/2012/10761**

Herr Rost (Amtsleiter Grünflächenamt) erläuterte auf Nachfrage von Herrn Dr. Wöllenweber, dass die Maßnahme noch in diesem Jahr umgesetzt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

10 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beschließt die Sanierung des Sozialgebäudes auf dem Südfriedhof.

Finanzielle Auswirkung:

Haushaltsstelle: VerwHH :
VermHH : 7.670071.700.200 290.000,00 €

zu 6 Informationsvorlagen

**zu 6.1 Information zum Eisenbahnknotenausbau Halle und dem
Blinklichtprogramm für Bahnübergänge (BÜ) sowie den daraus
resultierenden kreuzungsbedingten Maßnahmen und den zu erwartenden
Kostenanteilen der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2011/10317**

An der Diskussion beteiligten sich Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Wöllenweber und Herr Heinz.

Herr Heinz informierte, dass die Stadt Halle bei den größten Teilen der Maßnahme keinen Handlungsbedarf bzw. keine gesetzliche Verpflichtung habe. Aus diesem Grund habe die Stadt ein Interesse daran, so wenig wie möglich zu zahlen. Dies ist auch der Deutschen Bahn bekannt und wurde so mit ihr vereinbart.

Ergebnis:

Kenntnis genommen

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

**zu 7.1 Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmebeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern
Vorlage: V/2012/10456**

(18:30 Uhr – Herr Wehrich kam in die Sitzung)

An der Diskussion beteiligten sich Herr Müller, Herr Knöchel, Herr Krause und Herr Dr. Meerheim.

In der Diskussion wurde herausgearbeitet, dass es sich um Projekte handelt, bei denen die Co-Finanzierung durch das Land erfolge. Der städtische Anteil sei sehr gering.

Abstimmungsergebnis:

7 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschlussvorschlag:

~~Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die von Institutionen und Projekten~~ **Der Stadtrat fordert die Oberbürgermeisterin auf, die Fortführung der Projekte im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern im Jahr 2012 sicherzustellen, um den möglichen Erhalt jeweils beantragter Landesfördermittel nicht zu gefährden. fristgerecht beantragten vorzeitigen Maßnahmebeginne zu dem jeweils von den AntragstellerInnen beantragten Zeitpunkt zu bewilligen.**

zu 8 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

zu 9 Mitteilungen

EFRE-Schulbauförderung

Herr Geier teilte mit, dass mit Posteingang vom 04.07.2012 die antragsgemäße Bewilligung für die Vorhaben IGS Halle, Sekundarschule „Johann-Christian-Reil“ und Grundschule am Heiderand in einer Gesamtfördermittelhöhe von 10,4 Mio. € eingegangen sei.

Die Fristverlängerung für die Eröffnungsbilanz wurde vom LVA bis 31.12.2012 genehmigt.

KP-II

Herr Geier wies darauf hin, dass als Tischvorlage der Schlussbericht zum Konjunkturpaket II vorgelegt wurde.

FAG

Die Synopse des Städte- und Gemeindebundes Sachsen-Anhalt bezüglich des geänderten FAG wird nachgereicht. (erledigt – siehe auch externes Dokument im Session)

zu 10 mündliche Anfragen

Konjunkturpaket-II

Auf Nachfrage von Herrn Knöchel erläuterte Frau Schmidt (amt. Amtsleiterin Finanzservice), dass noch nicht alle Prüfbescheide vorliegen.

Haupterschließungsstraße

Herr Neumann antwortete auf Nachfrage von Herrn Dr. Wöllenweber, dass es intensive Gespräche mit dem Wirtschaftsministerium mit dem Ziel gegeben habe, eine 80 %ige Förderung zu erhalten. Es solle nach Möglichkeit noch in diesem Jahr mit dem Bau begonnen werden.

Zweitwohnsitzsteuer

Herr Geier erläuterte auf Nachfrage von Herrn Wehrich, dass ein Antrag auf Zulassung auf Berufung eingelegt wurde. Die Argumentation des Richters sei nicht in Gänze nachzuvollziehen. Das Gericht hat sich zu dem Antrag noch nicht geäußert. Trotzdem arbeite die Stadt an Änderungen.

zu 11 Anregungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Egbert Geier
Bürgermeister

Dr. Bodo Meerheim
Ausschussvorsitzender

Martina Beßler
Protokollführerin